

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 70 (1976)
Heft: 1

Artikel: Weltrundschau. Zweites Halbjahr 1975
Autor: Geiss, Imanuel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142526>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

verstehen, ist in der Bergpredigt enthalten, ganz und unverfälscht. ... Nach meiner Ansicht hat man die Botschaft im Westen verzerrt. Das auszusprechen mag anmaßend klingen, doch als ein leidenschaftlicher Anhänger der Wahrheit darf ich nicht zögern, zu sagen, was ich empfinde.» Dies steht in «Gandhis Vergegenwärtigung der Bergpredigt», worüber Wolfgang Sternstein im ersten Text der «Spiegelungen» schreibt.

Von den zwanzig Autoren erhalten wir durch Photographien und kurze biographische Hinweise einen persönlichen Eindruck. Außer der Verschiedenheit der Berufe weist auch ihr Alter, das zwischen 36 und 90 Jahren liegt, eine breite Fächerung auf. Der Herausgeber Hans Jürgen Schultz, der Chefredaktor Kultur beim Süddeutschen Rundfunk in Stuttgart ist, erstaunt immer wieder durch die Vielgestalt der Ideen, durch die es ihm gelingt, bei einer breiten Leserschaft Interesse für die Probleme eines lebendigen Christentums zu wecken.

B. Wicke

Weltrundschau. Zweites Halbjahr 1975

Weltwirtschaft

Die weitere Verschärfung der allgemeinen Weltwirtschaftskrise hat die Menschheit in ein Dilemma gestürzt, wie es in dieser Schärfe bisher noch nicht sichtbar geworden war: Massenarbeitslosigkeit in den Industrieländern ist (ebenso wie natürlich auch in den Entwicklungs-, sprich Agrarländern) nur durch Ankurbelung der Wirtschaft behebbar, dies aber führt zur weiteren Gefährdung der Umwelt durch die ohnehin schon vorhandene Überindustrialisierung. BRD-Bundeskanzler Helmut Schmidt hat sich in dieser Situation in einer Rede vor Arbeitern der Mercedes-Autofabrik klar für den Vorrang des industriellen Wachstums entschieden und hielt die Betonung der Umweltproblematik sogar für übertrieben. Dabei hätte nur kurz zuvor ein Unfall in einem bundesdeutschen Atomkraftwerk zeigen können, zu welchen tödlichen Folgen für die Gesamtgesellschaft die bisherige gedankenlose Überindustrialisierung führen kann.

Tagungen der Weltwirtschaftskonferenz

Eine Neuordnung der weltwirtschaftlichen Beziehungen strebt die große Weltwirtschaftskonferenz an, die zu Jahresende in Paris eröffnet wurde und mehrere Jahre dauern soll. Eine Veränderung der terms of trade (Verhältnis zwischen Rohstoff- und Fertigwarenpreise) zugunsten der meist rohstoffliefernden Entwicklungsländer, vor allem für die ohne Erdölvorkommen, müßte das wesentliche Ergebnis sein, schon weil die ökonomisch und politisch geschwächte Position der westlichen Industrieländer kaum eine andere Wahl läßt. Die Alternative wäre das vollendete Chaos des ökonomischen Kampfes aller gegen alle, der allzu-

leicht in Verzweiflungsaktionen militärischer Art in alle Richtungen einmünden könnte. Ein neues weltwirtschaftliches Gleichgewicht zugunsten der Entwicklungsländer würde allerdings bedeuten, daß der Lebensstandard der Industrieländer nicht mehr, wie in den letzten drei bis vier Jahrhunderten, mit oder ohne Kolonialherrschaft, auf Kosten des alten Orients (im wesentlichen also der heutigen Entwicklungsländer) weiter wachsen könnte. Die veränderte weltwirtschaftliche Situation wäre als Konsequenz aus der veränderten welthistorischen und weltpolitischen Situation zu begreifen und in den Industriegesellschaften zu erklären, um dort irrationalen Reaktionen auf ein Stagnieren oder gar Absinken des allgemeinen Lebensstandards vorzubeugen oder zu wehren: Die Rechnungen für Jahrhunderte ökonomischen Wachstums und Prosperierens auf Kosten der übrigen Welt in Übersee werden jetzt präsentiert, und wir können froh sein, wenn wir durch rationales und kooperatives Reagieren auf die veränderte Situation einigermaßen glimpflich davonkommen, ohne, wie sonst in der Weltgeschichte üblich, für die Sünden unserer Vorfäter drastisch büßen zu müssen, «bis ins zehnte Glied».

USA 200 Jahre alt — Ideal und Wirklichkeit

Die USA standen schon im vergangenen Halbjahr ganz unter dem Schatten von zwei Ereignissen des kommenden Jahres 1976: 200-Jahrfeier der nationalen Unabhängigkeit (Unabhängigkeitserklärung 1776) und Präsidentschaftswahlkampf. Eine selbstkritische Bilanz von zweihundert Jahren nordamerikanischer Unabhängigkeit müßte zugeben, daß der Höhepunkt von Macht und Ansehen der USA längst überschritten ist, u. a. weil die idealistischen Verheißungen der Anfänge von 1776 nur ganz eng für die herrschenden Weißen gemeint waren, sodaß sie in unauflösliehen Widerspruch zur Realität der USA gerieten — Verdrängung und Verelendung der Indianer, Sklaverei und Rassendiskriminierung für die Afro-Amerikaner, Imperialismus und ökonomische Ausbeutung der Welt hinter immer neuen pseudo-idealistischen Tarnungen, zuletzt Verdichtung und Sich-Überschlagen der offiziellen US-Brutalität im Vietnamkrieg. Die immer neuen bekanntgewordenen Schandtaten des CIA nehmen sich dagegen nur wie das berühmte iTüpfelchen aus. Die Diskrepanz zwischen dem Wohlstand der prosperierenden weißen Teile der USA, wie weite Teile des scheinbar fast paradiesischen Kaliforniens, und den ökonomisch wie sozial benachteiligten Bereichen, namentlich der zahlreichen Minderheiten, läßt sich auf die Dauer auch nicht durch den Glanz der 200-Jahrfeierlichkeiten überdecken. Der drohende Bankrott New Yorks, der nur noch einmal um den Preis von einschneidenden Sparmaßnahmen, u. a. bei Lehrern

und Polizei, durch Kredite abgewendet werden konnte, ist ein Symptom für mögliche Entwicklungen in der Hoffnungslosigkeit unproduktiv gewordener urbaner Zentren.

Wirtschaftskrise auch in der Sowjetunion

Von der allgemeinen Wirtschaftskrise erfaßt, zeigt sich auch der Block kommunistischer Länder, voran die Sowjetunion. Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in der SU wäre, angesichts der Dimensionen, die die Industrie dort inzwischen erreicht hat, an sich nur normal, zumal auch die sowjetische Umweltproblematik das Ausmaß der westlichen erreicht hat. Aber der Schwerpunkt innerhalb des geringeren Wachstums hat sich eindeutig auf die Schwerindustrie zu Lasten der Konsumgüterindustrie verlagert. Hinzu kommt eine insgesamt katastrophal niedrige Ernte (gemessen an den Planerwartungen). Da der Ernteausgang noch immer in der SU ein wichtiger Faktor zur Bestimmung des politischen Klimas ist, zum letzten Mal noch beim Sturz Chruschtschows 1964 bei ähnlich schlechter Ernte, scheint sich die Ära Breschnew vermutlich bald ihrem Ende zuzuneigen: Mit fast siebzig Jahren und einer inzwischen doch angeschlagenen Gesundheit hätte Breschnew noch die Chance zu einem zivilen Abgang. Die Frage wird sich dann von neuem stellen, ob ein personeller Wechsel an der Spitze der SU auch einen außenpolitischen Wechsel einleiten würde.

Sowjetblock. Verschuldung an den Westen

Hier befinden sich die SU und die sozialistischen Staaten in einer denkwürdigen Mittelposition: Auf der einen Seite, zumindest kurzfristig, eine schon erhebliche Verschuldung gegenüber dem Westen (nach neuesten westlichen Angaben mit rund 32 Milliarden Dollar) und zumindest indirekte ökonomische Abhängigkeit vom Westen (Getreidelieferungen, Wünsche für weitere Kredite usw.). Auf der anderen Seite scheinen die ökonomischen und sozialen Probleme in Teilen der Entwicklungsländer auf eine sozialistisch-kommunistische Entwicklung zu deuten (Indien, Madagaskar, Moçambique, Angola, um nur die jüngsten aktuellen Beispiele zu nennen), sodaß langfristig der Sowjetkommunismus seine gegenwärtige ökonomische, zumindest indirekte, Abhängigkeit vom Westen durch politische Mittel unterlaufen könnte. Und wiederum andererseits bleibt die SU weiterhin unter dem ideologisch-politischen Druck Chinas, für welcher der Sowjetkommunismus nur die modernste Variante des Sozialimperialismus darstellt.

Entwicklungs-Diktatur in Indien

In Indien scheint sich das neue Regime Indira Gandhi konsolidiert zu haben, in Richtung auf eine Entwicklungsdiktatur, die unter den Sachzwängen ihrer Sache nach vermutlich in eine sozialistisch-kommunistische Entwicklung einmünden wird: Die notwendigen strukturellen Veränderungen lassen sich nur durch tiefgreifende Maßnahmen erreichen, die nun einmal nur durch Zwang möglich sind. Es wird sich jetzt entscheiden müssen, ob das bisherige Vokabular der Kongreß-Partei, das theoretisch und dem ideologischen Anspruch nach, bereits sozialistisch war, nunmehr auch entsprechende soziale und politische Gehalte erhält, oder ob es sich hier nur um eine neue, besonders raffinierte Variante handelt, progressive Propaganda gegen pseudo-progressive Politik auszuspielen. Bei dem wachsenden Problemdruck Indiens könnte Indira Gandhi sich eine sozialdemagogische Strategie eigentlich nicht erlauben, weil ihr Offenkundigwerden sofort in ihr Scheitern und in eine echte sozialrevolutionäre Entwicklung einmünden würde.

Südostasien nach dem Rückzug der USA

In Südostasien machen sich die Konsequenzen aus der durch die amerikanische Intervention nur künstlich, das heißt militärisch und unter entsetzlichen Opfern seit 1954 aufgehaltenen sozialrevolutionären Entwicklung nach dem US-amerikanischen Debakel bemerkbar: Die Vorbereitungen zur politischen Einigung von Nord- und Südvietnam machen offensichtlich rasche Fortschritte, und die Abschaffung der längst anachronistischen Monarchie im benachbarten Laos deutet in die gleiche Richtung. In Korea scheint sich die Situation wieder beruhigt zu haben, nachdem es im ersten Halbjahr 1975 fast so aussah, als stünde eine Neuauflage des Koreakrieges von 1950 bevor.

Umsturz in Portugal — Wirkungen auf Afrika

In Afrika stand die Entwicklung ganz unter dem Eindruck der Dynamik, die durch den Umsturz in Portugal von 1974 freigesetzt wurde, mit dem charakteristischen Unterschied zwischen Moçambique und Angola: In Moçambique war die Unabhängigkeit unter der Führung der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegung, FRELIMO, nie gefährdet, sodaß auch eine weiße Siedlerrebellion rasch niedergeworfen wurde. In Angola dagegen setzten sich die Rivalitäten zwischen den drei Unabhängigkeitsbewegungen (MPLA, UNITA, FLNA) in den offenen Bürgerkrieg fort, vor, erst recht nach der Unabhängigkeitserklärung am 11. November. Gegen die marxistische MPLA stehen die beiden

eher rechten und regionalbasierten Gruppen UNITA und FLNA. MPLA wird militärisch unterstützt von der SU und Kuba, die Koalition UNITA-FLNA von Kongo-Kinshasa, Südafrika, USA und VR China, wahrlich eine merkwürdige Koalition! Inzwischen hat der amerikanische Senat der Regierung offiziell die Beteiligung am Bürgerkrieg in Angola untersagt, offensichtlich aus Angst, in ein neues Vietnam hineingezogen zu werden, diesmal auf afrikanischem Boden. Gegen Jahresende schien zeitweilig die Dreiteilung Angolas das Ergebnis des Bürgerkriegs zu werden. Jetzt aber scheint sich das militärische Übergewicht der MPLA durchzusetzen, sodaß sich auch hier, ähnlich wie in Guinea-Bissau und Moçambique, eine einheitlich marxistisch-sozialistische Lösung einstellen wird. Es hängt zumindest teilweise vom Westen ab, wie er auf die neue Situation reagiert:

Angola — ein neues Vietnam?

Jeder Versuch, durch militärische Intervention die Entwicklung zurückzudrehen, dürfte eine Radikalisierung und offen kommunistische Ordnung in Angola und Moçambique provozieren. Ähnliche Entwicklungen scheinen sich auch in Madagaskar und Dahomey abzuzeichnen, denn beide Länder verschieben sich offiziell einem marxistischen Sozialismus. Welche Konsequenzen diese Erklärungen haben werden, bleibt erst noch abzuwarten, für die beiden Länder selbst wie für das übrige Afrika. Über die Unabhängigkeitserklärung für Angola blieb die politische Entwicklung Portugals mit der seiner früheren Kolonie noch verbunden, denn alle Welt erwartete unmittelbar nach der Unabhängigkeit für Angola am 11. November in einer außerordentlich labil und explosiv gewordenen Situation in Portugal einen Staatsstreich, von links oder von rechts.

Die Parteien in Portugal

Wie vorausgesehen, hatte die rücksichtslose Einschüchterungspolitik der portugiesischen KP, die auch ob des ungestümen Vorgehens Kopfschütteln und Mißfallen bei anderen europäischen kommunistischen Parteien und in Moskau erregte, im stärker katholisch-konservativen Norden Widerstand provoziert, der zeitweilig auf die Zweiteilung des Landes hinauszulaufen schien. Der Sturz der Regierung Gonçalves unter bürgerkriegsähnlichen Konflikten, vor allem im Norden Portugals, brachte eine zunächst schwache Regierung Azevedo, in der die KP unter formaler Beteiligung an der Regierung gleichzeitig ihren Sturz betrieb. In einer verworrenen Situation löste sich die Entwicklung vorläufig gegen die Kommunisten durch die Aktionen der Regierung vom 25.

November auf, ausgelöst durch den wirklichen oder angeblichen Putsch extrem-linker Militärs, den erst die Regierung niederwarf. Es wird sich erst noch zeigen müssen, ob es gelingt, den Pendelschlag gegen die extreme Linke irgendwo in der Mitte aufzuhalten und seine sozialistisch-freiheitliche Entwicklung einzuleiten, wie es das erklärte Ziel der Regierung Azevedo ist, oder ob, wie die extreme Linke behauptet, hinter der Sozialistischen Partei unter Soares und den mit der Regierung Azevedo kooperierenden Militärs bereits die Rechte mit einem neuen autoritären Regime steht.

Spanien nach Franco

Auf andere Weise dramatisch verlief die Entwicklung im benachbarten Spanien. Die wochenlang hinausgezögerte Agonie des Caudillo Franco gab Gelegenheit, den Übergang zum neuen Regime einigermaßen gut vorzubereiten. Die Restauration der Monarchie in Spanien erscheint zwar als glatter Anachronismus in einer Zeit, da die wenigen noch verbliebenen Kronen fallen. Aber da Juan Carlos bei seiner Thronbesteigung demokratische Reformen und freie Wahlen zugesagt hat, könnte sich die Monarchie vielleicht noch als der relativ glatteste Übergang vom quasi-faschistischen Einmann-Regime Francos zur demokratischen Republik, möglicherweise mit sozialistischen Inhalten erweisen. Eine der wesentlichen Voraussetzungen wäre allerdings eine angemessene Berücksichtigung der Autonomiebestrebungen der Basken und Katalanen, sodaß Spanien den Charakter eines Bundesstaates (mit oder ohne Krone) erhalten würde.

England: Dezentralisierung (Devolution)

Unter dem Eindruck verstärkter Dezentralisierung (Devolution) stand auch England. Premierminister Harold Wilson hat zwar die versprochenen Regionalparlamente für Schottland und Wales noch einmal aufgeschoben, aber, gestärkt durch das ökonomische Argument des Erdöls vor der schottischen Nordseeküste, ist der keltische Nationalismus immer weiter angestiegen. Schon ist fraglich geworden, ob sich die schottischen Nationalisten, die bei den letzten Parlamentswahlen immerhin rund 30 Prozent aller Stimmen in Schottland erhalten haben, mit der Autonomie, also der Auflösung der Personalunion seit 1707, überhaupt zufrieden geben werden. Andererseits würde die zumindest deklamatorisch angestrebte Unabhängigkeit Schottlands einen Rattenschwanz neuer Probleme aufwerfen.

Schottischer Nationalismus

Das Ressentiment gegen alles Englische ist in Schottland bereits so groß, daß die Frage: Wer ist Schotte? schier unlösbare Probleme nach sich ziehen würde. Was geschieht mit seit Jahren oder Jahrzehnten in Schottland ansässigen Engländern, mit oder ohne in Schottland geborenen oder aufgewachsenen Kindern, die oft zu den entschlossensten schottischen Nationalisten zählen? Andererseits würde mit der schottischen Unabhängigkeit der traditionelle Gegensatz zwischen den Lowlands (stärker industrialisiert und anglisiert) und den dünner besiedelten und ärmeren Highlands neu aufbrechen. Was geschieht, wenn, wie vorausgesetzt, das schottische Erdöl nur für ein Jahrzehnt fließt, läßt sich heute schon gar nicht absehen, gleichgültig ob mit oder ohne Unabhängigkeit Schottlands. Jedenfalls würde spätestens dann die Pose Englands als erdölproduzierendes Land, die es jetzt schon annehmen möchte, wieder zusammenfallen.

Island: Kampf um Lebensgrundlage — Fischerei

In die generelle Dimension der Umweltproblematik reicht ein weiterer Konflikt hinein, den England im Augenblick durchzustehen versucht, mit Island um die Fischereirechte. Die Ausdehnung der Hoheitsgrenzen Islands auf dem Meer bis zu 200 Seemeilen von der isländischen Küste dient dem besseren Schutz der existentiellen Lebensgrundlage Islands, dem Fischfang. Zu den schlimmen Sündern im Über- und Ausfischen der Ozeane gehört offenbar (neben SU und DDR) im europäischen Bereich vor allem England: Mit engmaschigen Netzen, die auch die Jungfische auffangen, werden die Fischbestände radikal vernichtet, während die isländischen (und bundesdeutschen) Fischer mit weitmaschigen Netzen arbeiten, die den Jungfischen das Entkommen und die Chance zum Aufwachsen gestatten, sodaß die Gefahr des Überfischens auf diese Weise geringer ist. Ein generelles Verbot der engmaschigen Netze und der Übergang zu genormten weitmaschigen Netzen wäre ein vernünftiger Schritt zu einer allseitig akzeptablen Kompromißlösung: Island erlaubt das Fischen innerhalb der 200-Meilenzone; die ausländischen Fischer benutzen, ebenso wie die isländischen, die weitmaschigen Netze, schon im allgemeinen Interesse, daß der Hering nicht demnächst ausstirbt.

Zentraleuropa: Österreich

In Zentraleuropa blieb die Lage stabiler als zunächst befürchtet: Die SPÖ unter Bruno Kreisky hielt sich bei den Parlamentswahlen erstaun-

lich gut, und die SPD/FDP-Koalition in der BRD hielt, allen ökonomischen und finanziellen Schwierigkeiten zum Trotz. Erleichtert hatte der Koalition das Zusammenhalten allerdings auch der Zustand der CDU/CSU, die wieder einmal kurz vor dem Auseinanderbrechen mit der Strauß-Forderung nach einer vierten Partei zu stehen schien, sich aber erst zum Jahresende mit der Einsetzung eines neuen Zehn-Männer-Führungsgremiums einigermaßen aufgefangen hat.

BRD — Bundesratswahlen in Sicht

Einen Preis für das Zusammenhalten hatte zudem die Koalition schon im Vorgriff zu zahlen — das faktische Abrücken nach rechts, ausgedrückt im Abschied von manchen vernünftigen Plänen und Konzeptionen. Nicht daß alles, was sich als progressive Reform ausgab, vernünftig war (und ist), vor allem in der Schulpolitik. Aber so kurz nach der Verkündung der Priorität für den öffentlichen Nahschnellverkehr nun genau umgekehrt die massenhafte Stilllegung von Eisenbahnstrecken anzukündigen, heißt natürlich die Glaubwürdigkeit in die Beständigkeit sozialliberaler Reformpolitik zu erschüttern und die Menschen zumindest in den abgelegeneren Regionen förmlich auf das Auto zu treiben, was vielleicht der konjunkturpolitische Zweck dieser sonst so unsinnigen Maßnahme ist.

CDU/CSU für politische Überwachung der Beamten

Auch die faktische Kapitulation der SPD vor der Hochschulpolitik der CDU/CSU mit dem neuen Hochschulrahmengesetz wird sich negativ auswirken, so sehr gerade viele linke Kräfte an den Hochschulen durch ihr oft überzogenes Verhalten viel an Reformkredit verscherzt haben. Ein besonderes Problem der BRD ist die Kombination von Lehrerarbeitslosigkeit bei weiter anhaltendem Fehlen von Lehrern an fast allen Schultypen, politisch noch verschärft durch die Überwachung aller Bewerber im öffentlichen Dienst und der einseitig gehandhabten Selektion nach politischen Gesichtspunkten. Hier zieht sich vor allem die CDU/CSU selbst ein Potential an enttäuschten Intellektuellen heran, die, wenn ihnen die ihrer Ausbildung damit Erwartungen angemessene Beschäftigung in der Gesellschaft verweigert wird, nach allen historischen Erfahrungen leicht zu Revolutionären außerhalb der Gesellschaft werden können. Das Weitergehen der Baader-Meinhof-Problematik und -Prozesse sollte eigentlich Warnung genug sein. Von den sonstigen zahlreichen politischen Ereignissen ragen noch drei Prozesse heraus, die abschließend zu erwähnen sind: Argentinien, Libanon, die Serie von Geiselnahmen gerade zum Jahresende.

Argentinien: Verfall des peronistischen Systems

In Argentinien setzte sich der rasche Verfall des peronistischen Systems unter Isabel Peron offenbar fort — Korruption in der Regierung bis in die unmittelbare Umgebung der Präsidentin, die offensichtlich das schwierige Geschäft des Regierens ähnlich lax wie ihr ursprüngliches Gewerbe als Bartänzerin betreibt einerseits, Verschärfung des Guerillakriegs andererseits, der schon bis zu regelrechten Schlachten zwischen Militärs und Guerilleros mit beiderseitigen schweren Verlusten gediehen ist. Ein Militärcoup der Luftwaffe, unmittelbar vor Weihnachten, scheiterte zwar noch einmal, aber die Stunden der Präsidentin Isabel Peron scheinen endgültig gezählt.

Libanon: Bürgerkrieg auf dem Hintergrund der Israel-Problematik

Die bürgerkriegsähnlichen Konflikte in Libanon im ersten Halbjahr 1975, zur damaligen Berichtszeit vorläufig abgeschlossenen durch einen trügerischen «Waffenstillstand», waren nur gelindes Vorspiel zu dem eigentlichen Bürgerkrieg, der seit Ende September vor allem in Beirut tobt, unterbrochen durch ein rundes Dutzend weiterer «Waffenstillstands»-abkommen, die kaum länger als eine Fernsehnachricht anhielten. Die Drohung Israels, bei einem Sieg der eher linksgerichteten Araber über die eher rechtsgerichteten Christen, einzugreifen, zeigt an, daß auch hinter dem Gemetzel in Libanon die Israel-Problematik steht: Die Konflikte in Libanon entstanden, ähnlich wie fünf Jahre zuvor in Jordanien, aus der Spannung zwischen von der PLO organisierten Palästinaflüchtlingen und Einheimischen, die sich nicht den vernichtenden Vergeltungsschlägen Israels gegen Kommandoaktionen der palästinensischen Organisationen, die von Libanon aus operieren, aussetzen möchten.

Nahostkonflikt führt zu Geiselnahmen in fast der ganzen Welt

Die weltweiten Weiterungen des Nahostkonflikts um Israel zeigten sich zudem noch einmal besonders atemberaubend bei dem Überfall von Terroristen auf die OPEC-Minister in Wien unmittelbar vor Weihnachten, denn die Geiselnahmer gaben sich als im Namen einer extremen palästinensischen Gruppe handelnd aus, obwohl sie international zusammengesetzt war. Parallel zu den unmittelbar vorausgegangenen Geiselnahmen durch Gruppen von Ambonesen (Südmolukken) im Eisenbahnzug nach Beilen und in Amsterdam, ferner zu weiteren Geiselnahmen in fast aller Welt ergibt sich aus der Ankündigung des weltweit gesuchten Terroristenführers «Carlos» nach dem Coup eine

grausliche Perspektive: vierzig professionelle Terrorgruppen stünden in der ganzen Welt bereit, unter ihnen die japanische «Rote Armee», die in der Vergangenheit schon durch das Massaker auf dem Flughafen Lod bekannt wurde, und die Baader-Meinhof-Gruppe. Selbst wenn «Carlos» übertrieben hätte und diese Gruppen, an deren Existenz gar nicht zu zweifeln zu sein braucht, nicht unter seinem zentralen Kommando stünden, so bezeichnet er doch eine mögliche Entwicklung in der Zukunft: Die Spannungen, die aus den sich weiter kumulierenden Problemen unserer Zeit angesammelt haben, würden nun nicht mehr nur in irrationalen und gewalttätigen Handlungen von Regierungen und verzweifelten Massen durchschlagen, sondern auch bei intelligenten jungen Menschen, die sich von den vielen Ungerechtigkeiten der Welt mit einem Super-Michael-Kohlhaas-Komplex erfüllen ließen.

Alptraum über der Menschheit

Während die beiden Weltmächte, USA und SU, in rivalisierender Eintracht offenbar mit der Entwicklung von Super-Laserstrahlen unmittelbar vor der Indienstnahme von Todesstrahlen aus dem Horrorarsenal moderner Science fiction-Romane stehen, würde sich, gleichsam von unten, eine weitere Horror-Utopie erfüllen, die von George Orwells «1984»: Eine weltweite Terroristenorganisation als Kern für die künftige Partei des «Big Brother», die mit pseudo-sozialistischen Phrasen ihr totalitäres Terrorregime errichtet, ausgestattet mit den militärischen Mordwaffen, die im Augenblick noch in den Händen von «zivilisierten» Regierungen sind oder noch von ihnen entwickelt werden.

Wie schön wäre es, ließe sich durch allseitig rationale und humane Politik der Alptraum verscheuchen, der über der Menschheit hängt.

Immanuel Geiß

An unsere Abonnenten im In- und Ausland

Wir ersuchen Sie höflich um Überweisung des Abonnementsbeitrages für 1976 (jährlich Fr. 30.—, halbjährlich Fr. 15.—, vierteljährlich 7.50). Der Inlandauflage liegt ein Einzahlungsschein bei.

Wir sind allen Abonnenten die wir nicht mahnen müssen, sehr dankbar; sie ersparen der Administration dadurch Mehrarbeit und Kosten. Für bereits bezahlte Abonnementsbeiträge 1976 herzlichen Dank!
